

Die Agenda der AfD

Kooperiert die Partei in Europa mit der Union, oder stellt sie sich bockig?

MARKUS PIEPER

Der Start im Europaparlament war weniger politisch. Mit technischen Fragen bereicherte die AfD die ersten Debatten im Europäischen Parlament. Die Wahl zum Parlamentspräsidenten müsse eine öffentliche und namentliche sein, meinte Beatrice von Storch – ach so, sind die persönliche Wahlen in der AfD-Partei vielleicht keine geheimen Wahlen? Und Bernd Lucke wollte in seinem Redebeitrag wissen, wie es bei elektronischen Abstimmungen zu ungünstigen Abstimmungen kommen könne. Nun ja, Knöpfchen nicht drücken oder Wahlzettel nicht ausfüllen, das sind schon zwei unterschiedliche Dinge. Das ist nicht jedem klar und gehört deshalb ins Plenum. Und politisch? Wird die AfD der CDU/CSU-Politik für mehr Subsidiarität durch unabhängige Folgenabschätzungen oder einen europäischen Normenkontrollrat folgen? Wird auch die AfD die von der CDU/CSU organisierten Widerstände gegen die Bodenschutzrahmenrichtlinie oder überzogene Gleichstellungsideologie unterstützen? Will sie wie wir auch die Sparkassen und den Meisterbrief schützen und das Duale System stärken? Und beteiligt sie sich in Brüssel vielleicht sogar an unserer Politik für den Erhalt des Gütesiegels „Made in Germany“?

Wenn es um ein Europa der Kernkompetenzen und gegen den Europäischen Supersozialstaat geht, waren sich

die konservative ECR und die christdemokratische EVP oft einig. Daran wird sich auch durch strategische Absprachen von EVP und Sozialisten im Personaltableau oder für mehr Kompetenzen der Kommission gegenüber Großbanken und Schuldensündern nichts ändern.

Spannend wird es für den Beobachter in Deutschland dann, wenn es um die Währungsstabilität geht. Wird auch die AfD die Aufweichung von Defizitkriterien nicht mitmachen? Hilft die AfD dann der CDU, den Euro stabiler zu machen – gegen die Schuldenvergemeinschaftung der Linken und Supereuropäer? Oder stellt sie sich bockig? Isoliert sie sich nach der vorläufig gescheiterten Wahl von Lucke zum Vizepräsidenten des Währungsausschusses mit Auflösungsfantasien der Eurozone? Wodurch wäre Deutschland dann aber mehr geholfen, für das die AfD doch so gern eine Alternative wäre?

CDU/CSU-Politik in Brüssel ist mittelstandorientiert und verlangt mehr Subsidiarität. Die Union will die Währung festigen und tritt wie die EVP insgesamt für eine Erweiterungspause ein. Für die EVP ist auch die Mitgliedschaft der Türkei kein politisches Ziel mehr. Im Gegensatz zur britischen Mehrheitsmeinung in der ECR, der die AfD angehört, Bernd Lucke und Co. werden der Europapolitik der Union folgen müssen oder sie agieren gegen die deutschen Wähler. Wer braucht dann aber die AfD in Europa? Die „wahren Finnen“, mit denen sie auch in der ECR sind? Vielleicht ist es ja doch gut, wenn jemand im bürokratischen Brüssel die technischen Fragen stellt.

Der Autor ist Sprecher des Parlamentskreises Mittelstand der CDU/CSU-Gruppe im EU-Parlament.